

Die Mexikanische Kommunistische Partei gehört zu den ältesten kommunistischen Parteien des amerikanischen Kontinents. 1919 gegründet, kann die MKP heute auf eine fast 60jährige Geschichte zurückblicken. Seit jener Zeit kämpfen die mexikanischen Kommunisten stets in vorderster Front gegen die Ausbeutung der Werktätigen durch den USA-Imperialismus und die einheimische Bourgeoisie, für eine demokratische und sozialistische Entwicklung des Landes.

Einen neuen Markstein in diesem harten und opferreichen Kampf setzte der XVIII. Parteitag der MKP, der vom 23. bis 28. Mai dieses Jahres in der Hauptstadt Mexiko-City stattfand. An den Beratungen der 500 Delegierten und Beobachter nahmen Delegationen von 22 Bruderparteien dreier Kontinente teil. Der Einladung der MKP folgten weiterhin vier Linksorganisationen Mexikos, die den Kommunisten ihre Solidarität und die Bereitschaft zu verstärkten gemeinsamen Kampffaktionen bekundeten, was vom Parteitag mit langanhaltendem Beifall aufgenommen wurde.

Das höchste Forum der Kommunisten Mexikos beschäftigte sich mit zwei Hauptfragen:

- Die Taktik der Mexikanischen Kommunistischen Partei angesichts der politischen und ökonomischen Krise und die Aufgaben für die volle Wiederherstellung der politischen Rechte der Partei;
- die weitere Entwicklung und Intensivierung der Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften.

Den Rechenschaftsbericht des

Mexikos Kommunisten kämpfen um volle Legalität

Von Gerald Möckel



ZK erstattete Generalsekretär Arnoldo Martínez Verdugo. Er hob hervor, daß dieser XVIII. Parteitag nach über 30 Jahren Arbeit in der Illegalität erstmals wieder öffentlich und in einem der repräsentativsten Bauwerke, dem Polyforum Siqueiros, durchgeführt werden kann. Das ist das Ergebnis der

gewachsenen Kampfkraft der MKP, ihres unermüdllichen Einsatzes für die Interessen der Werktätigen. Aber noch hat die Partei keinen legalen Status. Als unmittelbare Tagesaufgabe steht daher die Forderung nach sofortiger und voller Wiederherstellung aller politischen Rechte der MKP im gesellschaftlichen Leben des Landes.

Neben der juristischen Anerkennung als legale politische Partei erfordert dies vor allem die Aufnahme der Partei in das Wahlregister, um ihr - wie auch den anderen Linksorganisationen - eine gleichberechtigte Teilnahme an den Wahlen zu garantieren. Das verlangt eine Reform des Wahlsystems und die Einführung eines Systems der proportionellen Vertretung im Parlament, um den breiten Volksmassen die Möglichkeit zu geben, durch den Mund eigener Vertreter im Parlament ihren Willen unverfälscht zum Ausdruck bringen zu können. Dazu gehört nicht zuletzt die Aufhebung der politischen Verfolgungen und Diskriminierung, ein Amnestiegesetz für alle politischen Häftlinge sowie die Respektierung der Rechte der Werktätigen auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit wie auch des Streikrechts.

Zur Überwindung der ökonomischen Krise stellte der Rechenschaftsbericht folgende Hauptziele:

- Strikte Kontrolle über die ausländischen Investitionen und den Einsatz des nationalen Kapitals, forcierter Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten;
- Nationalisierung der priva-